



Neuigkeiten im Fall Wirecard

1. April 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem Newsletter aus der vergangenen Woche hatten wir bereits angekündigt, Sie auch hinsichtlich der Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses zur Verantwortlichkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin im Rahmen des Wirecard-Skandals auf den neuesten Stand zu bringen.

Wir haben die 33. und 34. Sitzung des Ausschusses für Sie im Bundestag in Berlin verfolgt. Die intensiven Befragungen dauerten insgesamt knapp 30 Stunden und waren sehr erkenntnisreich. Nach unserer Einschätzung sind die **Vorwürfe gegenüber der BaFin**, sie habe in der Causa Wirecard pflichtwidrig gehandelt, durch die Aussagen ihrer Mitarbeiter **eher bestätigt denn widerlegt** worden. Insbesondere im Rahmen der Verfügung des Leerverkaufsverbots im Februar 2019 sind einige hochinteressante Anhaltspunkte zutage getreten.

Am Donnerstag, den 25. März 2021, befragten die Abgeordneten die Zeugen **Regina Schierhorn**, Leiterin des für die Ermittlung von Marktmanipulationen zuständigen Referats WA23, **Dr. Jean-Pierre Bußalb**, Leiter des für Leerverkaufsverbote zuständigen Referats WA25, sowie **Felicitas Linden** und **Susanne Bergsträsser**, die mit der Leitung der Abteilung WA2 betraut und somit auch die unmittelbar Vorgesetzten der Zeugen Schierhorn und Dr. Bußalb waren. Ein Organigramm der BaFin finden Sie bei Interesse [hier](#).

Die Befragung der BaFin-Spitze folgte sodann am Freitag. **Elisabeth Roegele**, Exekutivdirektorin der BaFin, war im Zeitraum vom 15. bis 18. Februar 2019 mit dem Erlass des Leerverkaufsverbots in Bezug auf Wirecard-Aktien befasst und stand den Abgeordneten dazu über sieben Stunden Rede und Antwort. Zur Erinnerung: Das am 18. Februar 2019 durch die BaFin angeordnete Leerverkaufsverbot bestärkte den Markt und die Investoren in ihrem Vertrauen gegenüber der Wirecard AG und entzog den kritischen Stimmen den Boden. Im Anschluss fand die Befragung des ehemaligen BaFin-Präsidenten **Felix Hufeld** bis tief in die Nacht statt.

Der Ausschuss arbeitete insbesondere folgende Erkenntnisse heraus:

1. Nach Bewertung der Abgeordneten versucht die BaFin die **Verantwortung für eine Fehleinschätzung des Sachverhalts**, der Grundlage für das Leerverkaufsverbot war, mittels Verweis auf Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München I auf eine andere Behörde abzuwälzen.

Auslöser der Prüfung eines Leerverkaufsverbots durch die BaFin war ein Fax der Staatsanwaltschaft München I vom 15. Februar 2019. Darin informierte die Staatsanwaltschaft über eine angebliche Erpressung des Vorstandes der Wirecard AG durch das Medienhaus Bloomberg. Letzteres drohe unter Forderung von sechs Millionen Euro mit negativer Berichterstattung zum Geschäftsmodell der Wirecard AG. Es war dabei für die handelnden BaFin-Beamten von Beginn an ersichtlich, dass sich die Informationen der Staatsanwaltschaft allein auf einen telefonischen Hinweis eines Anwalts der Wirecard AG stützten.

Die mit dem Fall betraute leitende Oberstaatsanwältin Bäuml-Hösl betonte bei ihrer Vernehmung im Ausschuss vor einigen Wochen, dass diese Info damals ungeprüft und zum eigenverantwortlichen Umgang an die BaFin weitergeleitet worden war. Die Ermittlungen zu dem Vorgang seien letztlich von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Die BaFin hingegen nahm den Hinweis der Staatsanwaltschaft München I unter Verweis auf die Vertrauenswürdigkeit selbiger ungeprüft für bare Münze und begann noch am selben Tag damit,

Maßnahmen zum Erlass eines Leerverkaufsverbots einzuleiten. Exekutivdirektorin Roegele berief sich darauf, der Hinweis der Staatsanwaltschaft sei mit der impliziten Erwartungshaltung an die BaFin herangetragen worden, präventiv tätig zu werden. Intern seien – auch aufgrund telefonischer Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft – lediglich die Optionen einer Handelsaussetzung und eines Leerverkaufsverbots diskutiert worden. Untätig zu bleiben, habe nicht zur Debatte gestanden.

Der Abgeordnete Michelbach kam zu der Erkenntnis:

"Der Anwalt hat eine Räuberpistole im Interesse seines Mandanten Wirecard dargestellt. Und darauf sind Sie reingefallen!"

Zudem kritisierten die Abgeordneten die wechselseitigen Schuldzuweisungen der Behörden scharf und legten dar, dass Frau Roegeles Darstellung zur Entscheidungsfindung über das Leerverkaufsverbot nach der Aktenlage widersprüchlich sei:

"Ich würde den Satz, der sich so anhört, als hätte uns die Staatsanwaltschaft zum Handeln veranlasst hat, streichen", wies Frau Roegele einen ihrer Mitarbeiter an, der im Nachgang des Leerverkaufsverbots an einer Pressemitteilung dazu arbeitete.

Einerseits wolle die Exekutivdirektorin die Verantwortung für das Leerverkaufsverbot nunmehr auf die Staatsanwaltschaft abwälzen - andererseits wollte sie damals das Verbot als BaFin-Entscheidung darstellen.

2. Der Erlass des Leerverkaufsverbots im Februar 2019 erfolgte zudem **ohne Einbindung der zuständigen Fachabteilungen** innerhalb der Strukturen der BaFin:

Der Leiter des für Leerverkaufsverbote und Handelsaussetzungen zuständigen Referats WA25, Dr. Jean-Pierre Bußalb, war am 15. Februar 2019 aufgrund eines Zahnarzttermins nicht im Dienst. Während die Leiterin des Referats WA23, Regina Schierhorn, zusammen mit einem ihrer Mitarbeiter und der Exekutivdirektorin Roegele am Wochenende Tag und Nacht den Erlass eines Leerverkaufsverbots vorantrieb, wurde der eigentlich zuständige Experte für Leerverkäufe über das gesamte Wochenende nicht von dem Vorgang in Kenntnis gesetzt.

Ebenso wenig eingebunden wurde Felicitas Linden, die zum damaligen Zeitpunkt als Stellvertreterin für die erkrankte Leiterin der Abteilung WA2 fungierte. Exekutivdirektion Roegele erklärte diesen Umstand damit, dass die Leiterin des Referats WA23 Schierhorn ohne ihre Vorgesetzte Frau Linden mit dem Fax der Staatsanwaltschaft bei ihr vorstellig wurde. Daraus habe sie geschlossen, Frau Linden sei nicht im Haus. Tatsächlich war Frau Linden an besagtem Freitag, den 15. Februar 2019, jedoch im Büro und wurde gleichwohl bis Montagmorgen nicht über den geplanten Erlass des Leerverkaufsverbots in Kenntnis gesetzt.

Der Unionsobmann im Ausschuss, Matthias Hauer, kommentierte in diesem Zusammenhang, der Verzicht der Behörde auf die Einbindung ihrer hausinternen Experten bei einem "Jahrhundertereignis für die BaFin" mache ihn "fassungslos". Diese Einschätzung teilen wir. Das Leerverkaufsverbot vom 15. Februar 2019 stellt bis heute den einzigen Fall dar, in dem die BaFin ein Verbot von Leerverkäufen bezüglich eines einzelnen Börsenunternehmens verfügte. Eine Erklärung dafür, warum in diesem außergewöhnlichen Moment auf die in der Behörde angelegte Expertise für genau diese Entscheidungsfindung verzichtet wurde, lieferten die Zeugen nicht.

3. Die Abgeordneten konfrontierten die BaFin-Spitze wiederholt damit, dass die BaFin Bedenken der Bundesbank, die von dem geplanten Leerverkaufsverbot vorab in Kenntnis gesetzt wurde, ignorierte und diese Bedenken der Europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörde (ESMA) bei Einholung ihrer Zustimmung vorenthielt. Aussagen der BaFin-Beamten, nach denen die Behörde hier erstmals die Gelegenheit hatte, vor einer (vermeintlichen) Short-Seller-Attacke präventiv einzuschreiten anstatt – wie sonst üblich – im Nachgang die Täter zu ermitteln, führten bei den Abgeordneten zu dem Eindruck, die BaFin habe sich **"euphorisiert" über interne und externe Bedenken hinweggesetzt**.
4. Anfang 2019 beauftragte die BaFin die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung ("DPR") mit einer Prüfung des Halbjahresjahresabschlusses 2018 der Wirecard AG. der ehemalige BaFin-Präsident Hufeld bezeichnete dies als eine unübliche Maßnahme, die aufgrund wachsender Zweifel am Geschäftsmodell der Wirecard AG angeordnet worden sei. Aus BaFin-interner E-Mail-Korrespondenz, die dem Ausschuss vorliegt, ergibt sich, dass die DPR anschließend für ein Jahr "die Hände in den Schoß legte". Aus den Reihen des Ausschusses kam in diesem Zusammenhang **erhebliche Kritik daran auf, dass die BaFin dennoch keinen Anlass sah, das**

Bilanzkontrollverfahren an sich zu ziehen und voranzutreiben.

5. Felix Hufeld ließ durchblicken, dass er im Frühjahr 2020 auf eine Neubewertung der Frage gedrängt habe, ob die Wirecard AG als Finanzholding einzustufen sei. Die bisherige Bewertung beruhte auf Daten aus dem Jahresabschluss der Wirecard AG für das Jahr 2015. Die **Einstufung als Finanzholding** hätte zu **zusätzlichen Aufsichtsbefugnissen der BaFin** gegenüber der Wirecard AG geführt. Eine Neubewertung erfolgte jedoch bis zur Insolvenz nicht.

Vermutlich ist Ihnen aus der Presse bereits bekannt, dass die vergangene Sitzungswoche des Untersuchungsausschusses mit einem politischen Eklat startete. Das Bundesfinanzministerium versorgte den Ausschuss erst am Dienstag- und Mittwochabend mit über 100 teils streng vertraulichen Ordnern zu den Vorgängen innerhalb der BaFin im Zusammenhang mit der Causa Wirecard - dies obwohl die Relevanz dieser Akten speziell für die Vernehmung der BaFin-Beamten seit Monaten bekannt war. Abgeordnete der Opposition hegten die Vermutung, dass das Bundesfinanzministerium die Aufklärung und Arbeit des Untersuchungsausschusses erschweren möchte. Eine vollständige Sichtung dieser Dokumente war dem Ausschuss vor dem Beginn der Zeugenvernehmungen am Donnerstagmorgen natürlich nicht möglich.

Erfreulich ist, dass der Ausschuss sich von diesem Störfeuer nicht irritieren lässt und seinen Aufklärungsauftrag weiterhin zielstrebig verfolgt. Der Abgeordnete Fabio De Masi wurde deutlich:

"Wir sind nicht arbeitsscheu, aber auch nicht blöd. Wir werden Herrn Hufeld und Frau Roegele eben zweimal vernehmen – einmal mit und einmal ohne vollständige Akten!"

Die ergänzende Vernehmung der Zeugen Hufeld und Roegele wurde für den 13. April 2021 angesetzt.

Wir bleiben für Sie am Ball.

Frohe und erholsame Feiertage wünscht Ihnen

Ihr Team von

Pinsent Masons

[Manage Preferences](#)

[Privacy Policy](#)



Your details will be stored in Pinsent Masons clients and contacts database and may be viewed by Pinsent Masons worldwide.

For a full list of our locations around the globe, please visit our [website](#).

You will receive communications about legal updates, breaking news, newsletters and event invitations which we think are relevant to your interests. You may also receive a confirmation email (when your details have been added into our database, you amend them, or each year to check the information we are storing is correct.)

Your details will not be given to third parties for marketing purposes. In all communications, you will be provided with a link to log in to your account and check and update your details, or unsubscribe from our communications. When we send you email communications, we use technology which enables us to track who opens particular articles or emails and look at how we interact with you. Analysis of our interaction with you helps us to evaluate and improve our services and our relationship with you. It also helps us comply with data protection law, to ensure that the information we hold about you is correct. You can alter your interest preferences at any time including unsubscribing from email and event invitations by visiting our [preference centre](#).

If you would like further information about how we use the details you provide to us please see our [Privacy Policy](#).

This email is intended only for the addressee. If this is not you please reply to this email and let us know.

Pinsent Masons LLP is a limited liability partnership registered in England & Wales (registered number: OC333653) authorised and regulated by the Solicitors Regulation Authority and the appropriate regulatory body in the other jurisdictions in which it operates. Its registered office is at 30 Crown Place, London EC2A 4ES.

Reference to 'Pinsent Masons' is to the international legal practice of Pinsent Masons LLP and/or one or more of the affiliated entities that practise under the name 'Pinsent Masons' as the context requires. The word 'partner', used in relation to Pinsent Masons, refers to a member of Pinsent Masons or an employee or consultant of equivalent standing. A list of members of Pinsent Masons LLP, those non-members who are designated as partners, and non-member partners in affiliated entities is available for inspection at our offices or at www.pinsentmasons.com.

Copyright Pinsent Masons LLP 2021